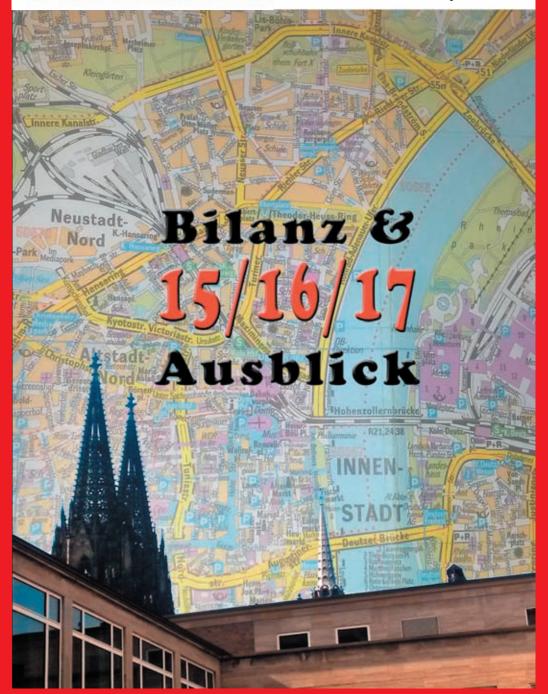
# DIELINKE. Bezirksvertretung Innenstadt / BV1





### Zum Geleit...

Gleich nach unserem Amtsantritt im Dezember 2015 haben wir begonnen, klare linke Politik in den Bezirk zu tragen, der mit seinen 130000 Einwohner\*innen auf über 16 Quadratkilometern zahllose Betätigungsfelder und Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Verpflichtung war uns dabei ein Bezirkswahlprogramm, welches auf drei Schwerpunkten fußt: "Hier Wohnen darf kein Luxus sein", "Öffentlicher Raum für Alle" und "Von der autogerechten zur lebenswerten Innenstadt".

Es ist kein Geheimnis, dass wir in allen drei Bereichen einige Erfolge vorweisen können – auch dank der Mehrheitsverhältnisse in der laufenden Bezirksperiode. Die hier vorliegende Zwischenbilanz reiht in chronologischer Reihenfolge einige Beispiele unserer bezirklichen Arbeit aneinander, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Es gilt auch in Zukunft, bestehenden Wohnraum zu verteidigen und für die Schaffung von preiswertem neuen Wohnraum zu streiten. Der Niedergang des öffentlichen, kommunalen und sozialen Wohnungsbaus sowie die Verdrängung angestammter Bevölkerung aus der Innenstadt muss endlich gestoppt werden. Wir begrüßen, dass für das Severinsviertel eine Milieuschutzsatzung erarbeitet wird, deren Umsetzung wir kritisch begleiten wollen. Weitere Veedel müssen folgen. Bei den uns vorgestellten Wohnungsbauvorhaben haben wir konsequent auf ihre Sozialverträglichkeit, beispielsweise die Vorgaben des Kooperativen Baulandmodells, gedrängt. In regelmäßigen Anfragen haben wir die Sachstände bei der Wohnraumschutzsatzung abgefragt und Leerstände und Zweckentfremdung angeprangert.

Wir brauchen öffentlichen Raum, der sich der kommerziellen Verwertungs- und Gestaltungslogik entzieht, mehr Platz für Fußgänger\*innen, spielende Kinder und gesellschaftliches Leben. Dazu gehören auch Drogenabhängige, Obdachlose, Armutsrentner\*innen, Flaschensammler\*innen, Geringverdiener\*innen, prekär Beschäftigte und Erwerbslose. Die zunehmende Verdichtung von Außenwerbung empfinden wir keineswegs als Bereicherung des Stadtbildes, sondern vielmehr als



Zumutung. Dass weite Teile der Innenstadt weder barrierefrei noch rollstuhlgerecht sind, ist für uns nicht hinnehmbar. Auch werden wir weiterhin mehr Sitzbänke und Toiletten einfordern, ausreichend Erholungsmöglichkeiten und öffentliches Grün.

Die Wohn- und Lebensqualität der Innenstadt leidet unter der besonderen verkehrlichen Belastung: Lärm, Raserei, Umweltschäden. Insbesondere die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Feinstaub und Stickoxide müssen reduziert werden. Wir setzen uns für die zügige Umsetzung des Radverkehrskonzepts und die jüngst beschlossene Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht auf den Ringen ein. Es braucht mehr Verkehrsberuhigung und mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, die autofreie Innenstadt bleibt dabei unser Ziel.

Tue Gutes und rede darüber! In diesem Sinne wünschen wir viel Spaß mit unserer kleinen Broschüre...



Michael Scheffer Fraktionsvorsitzender michael.scheffer@stadt-koeln.de



Manfred Müller Stellv. Fraktionsvorsitzender manfred.mueller@stadt-koeln.de

Gunda Wienke Fraktionsgeschäftsführung g.wienke@gmail.com



28.1.2016

Das neue Jahr begann mit einer Aktuellen Stunde zur Einschätzung der Ereignisse der Silvesternacht, der Ursachen und Folgen aus psychologischer und migrantischer Perspektive (Lale Akgün), aus der Perspektive von Geflüchteten (Claus-Ulrich Pröß) sowie aus der Perspektive von Sozialarbeit und Streetworking (Franco Clemens). In einer zweiten Aktuellen Stunde stellte die Initiative #RingFrei – eine Allianz von Fahrrad-Aktivisten, IHK und Anliegern der Kölner Möbelmeile - ihren 10-Punkte-Plan nebst Petition der Bezirksvertretung vor.

Die Vorlage "Umsetzung der Beschlüsse neue Bankstandorte" sorgt für Empörung, weil sie die mehrfach eingeforderten Standorte der BV schlichtweg ignoriert. Auch DIE LINKE missbilligt, die Verwaltungsprüfung, wonach auf den zentralen Plätzen Alter Markt und Roncalliplatz kein einziger Bankstandort gefunden werden konnte (oder sollte). Auch haben wir unser Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Deutsche Bahn Sitzmöglichkeiten auf dem Breslauer Platz schlichtweg untersagt hat.

Anknüpfend an einen erfolgreichen Modellversuch in der Bonner Innenstadt, haben wir einen von Grünen und Freunden eingebrachten Antrag zur Umwandlung von Stellplätzen in Außengastronomie zur Mehrheit verholfen (Parkplätze zu Sitzplätzen). Alle Betriebe mit gastronomischem Angebot in der gesamten Kölner Innenstadt erhalten demnach die Möglichkeit, Pkw-Stellplätze vor ihrem Lokal für Außengastronomie zu nutzen. Dieser Beschluss, der geeignet scheint, die Aufenthaltsqualität in weiten Bereichen der Stadt merklich zu erhöhen, stößt erwartungsgemäß auf massiven Widerstand der Ordnungsbehörden, die diesen umzusetzen haben. Aus ihrer Sicht ist "für die Einrichtung von Außengastronomie grundsätzlich ein Prozess der Abwägung zwischen den Ansprüchen des Gemeingebrauchs und den Interessen des Nutzers erforderlich". Prinzipiell ist gemäß Straßenwegegesetz NRW Jedermann der Gebrauch öffentlicher Straßen im Rahmen der Widmung und verkehrsrechtlicher Vorschriften gestattet. Dieser Gemeingebrauch bedarf jedoch trotzdem der Genehmigung, Sondernutzungen können weiterhin beim Amt für Öffentliche Ordnung beantragt



werden. Idealerweise sollte es fortan etwas schneller/unbürokratischer gehen; wir werden die Entwicklung gespannt beobachten und begleiten.

### 3.3.2016

Vollzugsmeldung: Wir haben das unsägliche Experiment der sog. Pfandringe beendet. Das Institut für Abfall. Abwasser und Infrastrukturmanagement GmbH präsentierte für die AWB Köln den Abschlussbericht zum Pilotprojekt "Pfandsammelsysteme und Papierkorbinhalte". Unter den Aspekten Stadtsauberkeit, Akzeptanz und abfallwirtschaftliche Auswirkungen wurden Daten in den Testgebieten Chlodwigplatz und Ehrenfeld erhoben und ausgewertet. Die Analyse ergab u.a. eine "nicht signifikante Abschöpfung bepfandeter Gebinde aus dem Papierkorbmüll". Die Verschmutzungen (Kaugummis, Zigaretten, Flüssigkeiten) in unmittelbarer Nähe haben leicht zugenommen. Aufgrund der befestigten Metallverstrebungen erhöht sich die Papierleerungszeit um 30 Prozent und verursacht somit höhere Leerungskosten. Diesen technischen und finanziellen Aspekten fügte BBM Hupke erhebliche ästhetische Bedenken hinzu.

Wie schon zuvor die Genossen Bronisz und Löwisch argumentierten wir moralisch, indem wir erklärten, dass wir alle Formen (und Ausformungen) von Armutsgewöhnung entschieden ablehnen: Pfandringe sind zynische Symbole für die Verstetigung von Armut - Suppenküchen, Almosen, Kleiderkammern, Charity-Galas oder Lebensmittelgutscheinen gleich. Armut ist ein Ergebnis verfehlter Sozialpolitik; sie ist politisch gemacht und muss politisch thematisiert und bekämpft werden. Bezirksvertreter Müller mahnte, dass im Rahmen des Pilotprojekt versenkte Geld, hätte man besser direkt an Pfandsammler, Obdachlose und Bedürftige ausgeben sollen. Die Beendigung des Modellversuchs wurde nach intensiver Debatte mit neun zu acht Stimmen gegen CDU und SPD beschlossen.

Per Dringlichkeitsantrag wurde beschlossen, den bereits in der Januarsitzung vorgestellten "Zehn-Punkt-Plan für den Radverkehr an den Ringen" als eine



politische Forderung der BV Innenstadt zu übernehmen. Die sich unter dem Etikett #RingFrei versammelte Allianz aus Aktivisten, Anliegern und Wirtschaft wurde nochmals gewürdigt. Die historische Chance zu umfassender Umgestaltung müsste jetzt genutzt werden; es gilt keine weitere Zeit zu verlieren. Das Etikett #RingFrei müsse auch als Imperativ betrachtet und die Forderungen umgesetzt werden.

Die Bezirksvertretungen sollen bei der Aufstellung von Werbeanlagen miteingebunden werden, im Rahmen der Aufstellung von Fahrradabstellanlagen auf der Merowinger Straße sollen bis zu 9 PKW-Stellplätze entfallen, weitere ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet werden umgesetzt (Null Toleranz für Raser).

# 21.4.2016

Im Rahmen einer Anfrage haben wir mehrere leerstehende Wohnobjekte in der Südstadt benannt und dies mit einer Abfrage der Wirksamkeit der vor zwei Jahren in Kraft getretenen Wohnraumschutzsatzung verknüpft (Zweckentfremdung). Überhaupt war die Wohnungspolitik das bestimmende Thema der Sitzung: Zu den im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen (STEK) vorgelegten Flächenpässen für den Wohnungsneubau haben wir - gemeinsam mit anderen Fraktionen - vier Änderungs-, bzw. Zusatz-und Ergänzungsanträge gestellt. Nicht durchsetzen konnten wir uns mit dem Vorschlag, das Grundstück Innere Kanalstraße/Krefelder Straße aus der Planung zu nehmen, da dieses bereits seit 22 Jahren von Bauwagenbewohner\*Innen genutzt, kultiviert und bewohnt wird. Lediglich die Fraktion Deine Freunde hat an dieser Stelle nach heftiger Debatte mit uns gestimmt. Wir wiesen darauf hin, dass der Bauwagenplatz für uns nicht verhandelbar sei, da alternatives Arbeiten. Wohnen und Leben ein letztes Refugium brauchen - auch und gerade in der Innenstadt. Den maximal zu schaffenden 30 neuen Wohneinheiten stünden fast genauso viele Bewohner\*Innen gegenüber, die fortan obdachlos wären, bzw. aus dem Bezirk verdrängt würden. Wir appellierten an die anderen Bezirksvertreter, bei einem derart wichtigen Thema Geschlossenheit zu zeigen und ein starkes Signal in die nachfolgenden Gremien auszusenden und die



vorliegenden Anträge - so verschieden sie auch seien - einvernehmlich bis einmütig durchzuwinken und sie nicht mittels ermüdender Debatte aufzuweichen und schlechter zu machen, als sie sind. Vergeblich. Fortsetzung folgt.

# 2.6.2016

Anknüpfend an die vergangene Sitzung haben wir den heute anwesenden Vertreter\*Innen des **Bauwagenplatzes** nochmal unsere Solidarität bekundet und etwaige Unterstützung angeboten. Während Herr Kiefer (Liegenschaftsamt) geduldig deren Fragen beantwortete (siehe Anhang) haben wir uns deutlich gegen das Vorhaben des ASB positioniert, die benannte Fläche zu erwerben um dort eine Mischnutzung inklusive Verwaltung, Parkplätze und Alibi-Wohnungen zu realisieren. Unserer Auffassung nach ist der ASB hier kein sozialer, weil gemeinnütziger Investor, dem ein exklusives Vorkaufsrecht zugebilligt werden sollte. Es handelt sich vielmehr um einen "plumpen Versuch fieser Verdrängung, den wir nicht akzeptieren". Um bis zu 150 Menschen unter "ein gutes gesundes Dach zu bringen" (Herr Kiefer) soll eine "vertraglich abgesicherte, einvernehmliche Lösung" gefunden werden.

Gemeinsam mit den Grünen und den Freunden haben wir einen Änderungsantrag zum vorhabenbezogenen **Bebauungsplans Eigelstein 41** durchgesetzt, der u.a. eine Teilbebauung mit Wohnraum vorsieht. Die Althoff-Hotelgruppe will auf dem Gelände der Gaffelbrauerei, die nach Porz umzieht, einen Hotelneubau realisieren. Das vorgestellte Konzept sieht einen "urban loft" vor, für junge, hippe, crazy Abenteuerurlauber, die den Problembereich Eigelstein aufwerten sollen. Wir negierten jedweden Bettennotstand an dieser Stelle und sprachen uns klar für Wohnbebauung aus. Tatsächlich schaut man jetzt schon am Eigelstein auf eine neue Hotelanlage. Richtung Dom reiht sich Herberge an Herberge, vom sympathischen kleinen Hostel zur Linken, hin zur riesigen Bettenburg zur Rechten. Dem Einwand des Immobilienentwicklers Herrn Greiff, wonach das Gelände wegen der Lärmemissionen durch Schienenverkehr nicht für Wohnbau nutzbar wäre, hielten wir entgegen, dass die vorgelegten Flächen für das STEK (siehe letzte BV-Sitzung) bis auf eine Ausnahme, alle in unmittelbarer Nähe von Bahnanlagen



liegen. Gleiches gilt für die (hochpreisigen) Neubauten im Einzugsgebiet des Bahnhofs Süd (Eifelplatz, Moselstraße, Dasselstraße). Folgte man der Argumentation des Investors, müsste allein an der Bahnstrecke Richtung Ehrenfeld massiver Rückbau betrieben werden - wegen unzumutbarer Lärmbelästigung!

Weitere Themen waren u.a. Maßnahmen zur Unfallreduzierung an der Subbelrather Straße/Venloer Wall (hochbordiger Rad- und Fußweg) und die Unvereinbarkeit der Konzepts "Essbare Stadt" mit der Pflanzung hochgiftiger Japanischer Sophoren im Rahmen der dringend notwendigen Neugestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes. Den Wunsch des Kölner Festkomitees, die Baumaßnahmen erst nach dem Rosenmontagszug beginnen zu lassen, haben wir zurückgewiesen.

# 7.7.2016

HA Schult nebst Muse bemühten sich redlich, der Sitzung ihren Stempel aufzudrücken: An Kulturbeirat und Fachausschuss vorbei, warb der berühmt-berüchtigte Kölner Künstler für die temporäre Installation einer seiner vielsagenden Müllobjekte. Trotz der umfänglichen Abwatschung von Politik und Verwaltung durch den Maestro, wollten wir ihm die Aufstellung seiner "Casa Colonia" vor der Deutzer Werft denn doch nicht verweigern und erteilten schmunzeln unsere Zustimmung.

Gekennzeichnet war die Sitzung erneut durch die Debatte über zwei vorhabenbezogene Bebauungspläne, welche uns die Entwickler mittels peppiger Power-Point-Präsentationen schmackhaft machen wollten. Dass wir den Bau eines **Spielkasinos am Deutzer Ottoplatz** durch die landeseigene Westspiel GmbH aus finanz-, stadtentwicklungs- und gesundheitspolitischen Gründen ablehnen würden, war nur konsequent. Überraschenderweise schloss sich die CDU-Fraktion unserer Argumentation an und ergänzte diese noch an einigen Stellen. Aufgrund der Bilanzierungen der letzten Jahre wurde die Solidität und auch die Seriosität der Unternehmens und ihres Unterfangens angezweifelt. Zur Erinnerung: Wie mehrfach der Presse zu entnehmen war, hat sich die Besucherzahl in den vier NRW-Spielbanken in



den vergangenen zehn Jahren halbiert. Der Jahresabschluss 2014 der westdeutschen Spielbanken war deutlich negativ und konnte nur durch den umstrittenen Verkauf zweier Warhol-Gemälde kompensiert werden. Etwaige Prognosen, die Stadt Köln könnte über die Spielbankabgabe vom Betrieb des Kasinos finanziell profitieren, sind mit äußerster Vorsicht zu betrachten - auch ein weiteres Millionengrab ist vorstellbar. Leider haben sich die Grünen, mutmaßlich durch eine kursierende SMS aus der Liegenschaftsabteilung instruiert, der sach- und fachlichen Diskussion verweigert. Gemeinsam mit der SPD stimmten sie der Beschlussvorlage zu, die so mit einer Stimmenmehrheit von 9 zu 8 in den Stadtentwicklungsausschuss geht.

Die Parkview Cologne GmbH wusste mit der Planung für studentische Wohnungen auf dem leerzuziehenden Bürokomplex an der Ecke Innere Kanalstraße/ Subbelrather Straße zunächst zu begeistern. Das unter dem Arbeitstitel "Nördlich Colonius" vorgestellte Projekt hat durchaus visionären Charakter - zeitgemäße und zielgruppenorientierte möblierte Wohnnutzung, umrahmt von Gemeinschaftsräumen, Begegnungsflächen und Infrastruktur. Als dann nach mehrfacher Nachfrage der erwartbare Quadratmeterpreis auf 16 bis 19 Euro taxiert wurde, war die erste Euphorie verflogen. Für Empörung unter den Bezirkspolitikern sorgte schließlich die Feststellung, dass das Kooperative Baulandmodell wohl nicht zur Anwendung kommen würde. Dies war in den Projektunterlagen noch anders dargestellt worden. Bis auf drei Grüne verständigten sich die Bezirksvertreter darauf, dass die Vorhaltung von 30 Prozent geförderter Wohnungen zur Auflage gemacht werden solle. Damit hängt die Schaffung der entsprechende planungsrechtlichen Voraussetzungen zunächst in der Warteschleife.

# 15.9.2016

Gemeinsam mit 250 anderen Gästen gratulierten wir im Sommer im Garten der kubanischen Botschaft in Bonn Fidel Castro zum 90. Geburtstag. Geladen hatte die Ständige Vertretung selbst sowie zahlreiche hiesige Gruppierungen, Komitees und Verbände; sie alle verneigten sich vor dem großen Revolutionär und feierten eine





zünftige Fiesta mit landestypischer Küche bei Cocktails, Zigarren und kubanischer Livemusik. Ein Hauch von Revolution, aber zurück zur Tagespolitik.

Unter dem Arbeitstitel "Südlich Ottoplatz" plant der Landschaftsverband Rheinland den Neubau eines Verwaltungshochhauses in Deutz. Während Vertreter von Stadtplanungsamt und LVR die Pläne, den Umfang und den Zeitrahmen für das Großprojekt erläuterten, kritisierten die Vertreter einer Deutzer Interessengemeinschaft u.a. die Dimensionierung des Projekts, die Positionierung der Baukörper, die erwartete Zunahme an verkehrlicher Belastung sowie einen Mangel an Transparenz und Bürgerbeteiligung. Es wurde nochmals auf die enorme Belastung des zentralen Deutz verwiesen, welche auf verschieden Baumaßnahmen in der jüngeren Vergangenheit zurückzuführen ist (Constantin-Höfe, Umbau des Bahnhofs, Komplettumbau des Ottoplatzes). Durch die Planungen zur Messe-City und das unsägliche Spielkasino ist keine Entspannung abzusehen. Wegen der berechtigten Kritik und zahlreicher offener Fragen hat die BV den Beschluss des Auslobungstextes zum Wettbewerb des LVR-Hauses auf die nächste Sitzung verschoben. Das Bebauungsplanverfahren und der städtebaulich-architektonische Wettbewerb werden dadurch nicht gefährdet.

Mit der Mehrheit von Grünen, Linken und Freunden wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanes "Rund um die Alteburger Straße" in der Kölner Südstadt beschlossen. Anlass waren die Pläne eines Immobilieninvestors im genannten Gebiet einen Neubau mit hochpreisigen Eigentumswohnungen hochzuziehen. Insbesondere die architektonische Taktlosigkeit, das komplette Erdgeschoss aus Garagen und Einfahrten zu errichten, stieß in der BV auf wenig Gegenliebe; Wohnungen oder Gewerbe wären angemessen gewesen.

# 10.11.2016

Die Bezirksvertretung Innenstadt hat auf dieser Sitzung mehrheitlich den Beschluss gefasst, dass die Parkplätze im Kernbereich der Innenstadt schrittweise zurückgebaut werden sollen (AN/14022016). In dem von unserer Ratsfraktion formulierten und von Grünen und Deinen Freunden unterstützten Antrag werden großräumige Bereiche



zwischen Ringen und Rhein benannt, in denen das Parken sukzessive aus dem öffentlichen Straßenraum in die umliegenden Parkhäuser verlagert werden soll. Ziel ist es dabei, die Zahl der PKW, die im öffentlichen Straßenraum parken, jährlich um 10 Prozent zu reduzieren.

Michael begründete den Vorstoß mit der Notwendigkeit der nachhaltigen Nutzung des öffentlichen Raums: "Es geht uns darum, die Dominanz des privaten PKW-Aufkommens systematisch zurück zu führen und einen eigentlich schönen Teil unserer Stadt wieder urbaner, erlebbarer und erfahrbarer zu machen. Es gibt ausufernden ruhenden wie fahrenden Einkaufsverkehr, gleichzeitig haben wir veritable Leerstände in den zahlreichen umliegenden Parkhäusern. So geht das nicht. Das ist gleichermaßen stressig wie ineffektiv, es ist ökonomischer und ökologischer Unfug. Und es ist veränderlich."

Der Beschluss greift sowohl den 10-Punkte-Plan der Fahrradinitiative RingFrei ("Parkraum für den motorisierten Individualverkehr steht in den umliegenden Parkhäusern ausreichend zur Verfügung") als auch den Masterplan für die Kölner Innenstadt auf ("Ein wesentlicher Faktor zum Erfolg ist auch die schrittweise Reorganisation des Parkens"), welche beide bereits gültige Beschlusslage sind. Kleine Randnotiz: Offensichtlich war der mit "Öffentlicher Raum ist kein Parkplatz" überschriebene Antrag derart einnehmend formuliert, dass er sogar die sonst beinharte Fraktionsdisziplin der SPD zu sprengen wusste. Jedenfalls entschloss sich spontan ein Sozialdemokrat uns die kölsche elfte Stimme zu geben, wofür wir unseren ausdrücklichen Respekt zollen wollen. Dieses abweichende Verhalten führte zu zeitweiligem Aufruhr in der SPD-Fraktion, weshalb die zwei anderen Sozialdemokraten es verpassten, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Gemäß Beschlussprotokoll haben wir uns demnach mit elf zu eins Stimmen durchgesetzt - bei wohlwollender Enthaltung der CDU-Fraktion.

Ansonsten haben wir der einmarschierten Ehrengarde der Roten Funken die Genehmigung verweigert, einen Anbau an die von ihnen gepachtete Hahnentorburg zu



realisieren. Viele Bürger\*innen würden die Umwidmung von Teilen des Rudolfplatzes für die private Nutzung eines gleichermaßen potenten wie solventen Vereins für einen schlechten Karnevalsscherz halten. Die alljährliche "Ordnungsbehördliche Verordnung für über das **Offenhalten von Verkaufsstellen** im Jahr 2017 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten" haben wir als verlässliche Rufer in der Wüste" wie immer kategorisch abgelehnt. Dabei wollte uns allerdings nur ein Freund folgen, bei Enthaltung der CDU. Zur Mehrheit konnten wir aber einem Änderungsantrag der grünen Fraktion verhelfen, die umstrittenen Sonntagsöffnungen "Köln kocht", "Weihnachtszauber Köln" und "Krippenweg Südstadt" NICHT zu genehmigen. Das ist doch auch was wert.

# 8.12.2016

In seiner Doppelrolle als Bauunternehmer und Politiker gelang es Peter Joseph Roeckerath im ausgehenden 19. Jahrhundert durch umstrittene Immobilien- und Grundstücksgeschäfte ein beträchtliches Vermögen anzuhäufen. Ein Teil davon ermöglichte es ihm, die Pfarrkirche St. Agnes zu errichten, die 1901 eingeweiht wurde. Als nun der Platz vor der Agneskirche (Neusser Platz) in Roeckerath-Platz umbenannt werden sollte, haben wir uns wegen dessen gentrifiziererischen Umtrieben entschlossen, uns zu enthalten. Wohl wissend, dass Namens- oder Platz-Benennungen üblicherweise einstimmig beschlossen werden.

Die hoch umstrittene Änderung der **Kölner Stadtordnung** haben wir mit dem Hinweis abgelehnt, dass die bestehende gerade mal zwei Jahre alt ist und erstmal ordentlich evaluiert gehört. Man möge ohne Druck mit notwendiger Sensibilität und Weitsichtigkeit im Konsensverfahren eine neue Stadtordnung entwickeln, die auf weitgehende Akzeptanz trifft und nachhaltig wirkt. Wichtig war uns dabei der Dialog mit den Betroffenen, deren Belange gehört und in angemessenem Umfang in das neu zu fassende Regelwerk aufgenommen werden sollen (Straßenkünstler, Obdachlose, Sportvereine). Den drei entschärfenden Änderungsanträgen von CDU, SPD und Grünen, welche sich u.a. mit der Lautstärkeregelung, dem sogenannten "Wegebier"



und dem zynisch formulierten "Betteln unter Vortäuschung einer sozialen Notlage" befassten, konnten wir uns vorbehaltlos anschließen; diese wurden mehrheitlich beschlossen und in die nachfolgenden Gremien gegeben.

Das neu gefasste Stadtentwicklungskonzept Wohnen, welches vom Ratim Dezember beschlossen werden soll, enthält weiterhin das Grundstück Innere Kanalstraße/ Krefelder Straße. Da dies bekanntlich die einzige von nunmehr 76 stadtweiten Flächen ist, die bereits bewohnt ist, handelt es sich um einen klaren Fall von Verdrängung. Die hier ansässigen Bauwagenplatz-Bewohner haben dagegen deutlichen Protest formuliert und zwischenzeitlich eine Online-Petition aufgelegt, der sich knapp 14000 Unterzeichner\*innen angeschlossen haben. Da der Arbeiter-Samariter-Bund Köln sich immer unverfrorener als Kaufinteressent geriert und es zu befürchten steht, dass ein Verkauf seitens des städtischen Liegenschaftsamtes immer näher rückt, haben wir mit Grünen, Freunden und der CDU (:-) einen Dringlichkeitsantrag gestellt und souverän durchgebracht. Dieser fordert die Verwaltung unmissverständlich auf, sämtliche Pläne zur Veräußerung der Liegenschaft "Bauwagenplatz" ruhen zu lassen, bis ein Ersatzgelände angeboten wurde, welches auch akzeptiert wird. Verhandlungspartner über mögliche Alternativstandorte muss weiterhin die Stadtverwaltung sein, um eine privatrechtliche Auseinandersetzung zu verhindern. Wir hoffen weiter inständig, die Bauwagensiedlung an ihrem angestammten Platz erhalten zu können.

# 9.2.2017

Das Gute ist: Der lange überfällige **Umbau des Südbahnhofs** kommt. Das Schlechte ist: Er wird leider nicht ganz so umfangreich und hochwertig ausfallen, wie wir uns das gewünscht hätten. Die überarbeitete Beschlussvorlage hat eben nicht alle Verbesserungswünsche der Bezirksvertretungen Innenstadt und Lindenthal berücksichtigt. Insbesondere ein möglicher zusätzlicher Zugang von der Luxemburger Straße und eine Verbreiterung des Zugangs von der Zülpicher Straße werden wohl nicht realisiert werden. Die Begründung der DB Station&Service AG lautet u.a. auf "Zugrundelegung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit". Es bleibt



zu hoffen, dass am Ende nicht wieder eine Billigvariante herauskommt, wie zuletzt in Köln-West: Das Ergebnis jahrelanger Sanierung war ein unfassbar schlechter Bahnhof (zu kleine + langsame Aufzüge, keine Anzeigetafel, kein Durchstich zur Vogelsanger Straße/Belgisches Viertel und Bahnsteige im Nirwana). Leider ist die Deutsche Bahn ein knallharter Verhandlungspartner

In unserem stetigen Bemühen, einen vernünftigen Ausgleich zwischen den divergierenden Interessenlagen im Belgischen Viertel herbeizuführen, haben wir einer sogenannten Veränderungssperre zugestimmt. Diese auf zwei Jahre angelegte Satzung unterbindet Änderungen in der Nutzungsart von Gebäuden in einem definierten Gebiet, danach muss ein Bebauungsplanverfahren abgeschlossen sein, um eine dauerhafte und zulässige Nutzung festzulegen. Sie kann geeignet sein, die zunehmende Umwidmung von Räumlichkeiten in Clubs, Kneipen und andere schallemittierende Lokalitäten zu reduzieren und die Nachtruhe in Teilen des Viertels ein Stück weit zu gewährleisten.

Ein rund 600.000 Euro teures "Medienband" im Tunnel unter der Philharmonie haben wir mit dem Hinweis abgelehnt, dass diese nicht unerhebliche Summe besser in sinnvolle soziale Projekte investiert werden sollte.

Und dann war da noch HA Schults Projekt "Casa Utopia", ein Haus aus Müll, welches im September auf der Deutzer Werft inszeniert werden soll. Dafür konnten wir uns nicht begeistern. Trotz unseres Votums und der einstimmigen Ablehnung durch den Kunstbeirat, stimmte schlie0lich eine knappe Mehrheit der Bezirksvertretung für die Kunstaktion.

# 16.3.2017

Pünktlich zur Landtagswahl (!) hat die Landesregierung ein umfangreiches Förderprogramm zur zweifellos dringend benötigten Verbesserung der Schulausstattung vorgelegt. Wir begrüßen die Bereitstellung von jährlich bis zu 25 Millionen Euro, die im Rahmen des Programms "Gute Schule 2020" ausgeschüttet



werden sollen. Unseren gut geschulten Augen ist aber keinesfalls entgangen, dass die Beschlussvorlage 4316/2016 eklatante Mängel beinhaltete: Insbesondere verwahrten wir uns gegen die dreisten Pläne, für Anstrich-, Trockenbau-, Schreinerund Schlosserarbeiten sowie sonstige Gewerke Ein-Euro-Jobber im Rahmen sog. Arbeitsgelegenheiten zu beschäftigen. Bereitwillig erläuterten wir der Bezirksvertretung, dass diese Arbeiten keinesfalls "wettbewerbsneutral" ausgeführt weren könnten, was die gegenwärtige Sozialgesetzgebung aber zwingend vorsieht. Andernfalls würde der örtlichen Handwerkerschaft, den Innungen und Gewerkschaften der Klageweg eröffnet - wegen offensichtlicher Benachteiligung! Auch konnten wir darlegen, dass diese Form des Lohndumpings keineswegs "gemeinnützig" sein kann. Und "zusätzlich" sind die o.g. Arbeiten auch nicht, vielmehr stellen sie einen integrierten Bestandteil der zu beschließenden Sanierungen dar. Konsequenterweise haben wir einen Änderungsantrag gestellt, wonach auf die Zuweisung von Teilnehmer\*innen im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten zu verzichten sei. Auch die Möglichkeit "den Bau von Sporthallen im Rahmen von Öffentlich-Privater-Partnerschaft (ÖPP) zu vergeben" wollten wir streichen lassen. Leider ist uns die Mehrheit in der BV an dieser Stelle nicht gefolgt.

Einstimmig hingegen wurde unserem Dringlichkeitsantrag zum "Erfter Loch" entsprochen. Gleich gegenüber dem Mediapark klafft zurzeit ein Krater von Waidmarktschem Ausmaß, da ein Investor hier im großen Stil einen neuen Bürokomplex hochzieht. Gunda Wienke aus dem Verkehrsausschuss wies uns darauf hin, dass die hier errichtete Baustelle ein prototypisches Beispiel dafür ist, was man bei der Einrichtung einer Baustelle alles falsch machen kann. In der Tat vermittelt die derzeitige Situation an der Erftstraße den Eindruck, als wollten Bauherr und Genehmigungsbehörden Anschauungsunterricht in schlechter Verkehrsleitplanung und unzureichender Verkehrssicherung erteilen. Wir haben die Verwaltung aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit zumindest Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen den genannten Bereich wieder gefahrlos passieren können. Auch die massive Beschränkung des öffentlichen Wegerechts durch mehrere klobige



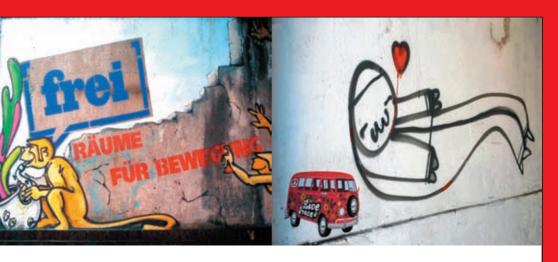
Baucontainer ist völlig inakzeptabel. Zustimmung erhielten wir schließlich auch für unsere Anregung, die Bezirksvertretung künftig frühzeitig über größere Bauvorhaben im Bezirk zu informieren und nicht erst vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Karnevalsgesellschaft Blaue Funken beantragte eine Erweiterung ihres Vereinsgebäudes am Sachsenturm sowie die Auslobung eines diesbezüglichen architektonischen Gutachterverfahrens. Wir erinnerten daran, dass sich die BV1 erst vor wenigen Wochen gegen den von der Ehrengarde beantragten Anbau an die Hahnentorburg am Rudolfplatz ausgesprochen hatte. Dieser mehrheitliche Beschluss war u.a. damit begründet, dass wir keine Einschränkung des öffentlichen Raums zu Gunsten privater Interessen verantworten können. Es ist daher nur konsequent, dem Ansinnen der Blauen Funken analog zu begegnen und die bestehende Grünfläche am Sachsenring zu erhalten. Gemeinsam mit Adrian Kasnitz (Deine Freunde), Tom Geffe (GUT) sowie den meisten Grünen wurde das Bauvorhaben mit 8 zu 7 Stimmen mehrheitlich abgelehnt. Die fünfte Jahreszeit ist vorbei, der Frühling kann kommen...

# 27.4.2017

Der Bürgerhaushalt 2016 stellte erstmals 100.000 Euro bereit, die für die 25 bestbewerteten Vorschläge im Bezirk ausgegeben werden sollten. Motto: "Deine Stadt, dein Bezirk. Mach was draus!" Als die Verwaltung aber nun der Bezirksvertretung Innenstadt die ausgewertete Vorschlagsliste zur Beratung und Priorisierung vorlegte, staunten deren Mitglieder nicht schlecht: Fast alle der vorgelegten Ideen könnten "aus formalen oder rechtlichen Gründen" nicht umgesetzt werden – oder aber befinden sich bereits in der Umsetzung. Da wir aber davon ausgegangen sind, dass 25 realisier- und finanzierbare Vorschläge vorgelegt werden, haben wir einen Änderungsantrag gestellt und die Vorlage zur Überarbeitung zurückverwiesen.

Insbesondere haben wir kritisiert, dass mit der vorgelegten Auswertung eine klare Benachteiligung all der Vorschläge einhergeht, die zwar etwas weiter hinten platziert sind, aber den vorgegebenen Kriterien vollumfänglich entsprechen. Die ansonsten



vorbildliche redaktionelle Begleitung des Verfahrens hätte die nicht umsetzbaren – sowie die sich bereits in der Umsetzung befindlichen – Vorschläge erst gar nicht zum Abstimmungsverfahren zulassen dürfen, da es das Gesamtergebnis erheblich verzerrt. Da aber 25 Vorschläge für den Bezirk umgesetzt werden sollten, müssen auch 25 realisierbare Vorschläge zur Beratung durch die Bezirksvertreter\*innen vorgelegt werden. Außerdem haben wir um Unterrichtung der BV über die Umsetzung der zu beschließenden Maßnahmen gebeten. Auch war es uns wichtig, klarzustellen, dass die bereitgestellten Gelder in jedem Fall im Bezirk investiert werden, und nicht etwa in den Städtischen Haushalt zurückfließen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Rückblick: Mehr als zehntausend Kölnerinnen und Kölner haben sich mit fast 5000 Vorschlägen am ersten Kölner Bürgerhaushalt 2008 beteiligt. Wegen der innovativen Förderung der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen wurde dieser in der Folge mit mehreren Preisen ausgezeichnet (u.a. von den Vereinten Nationen). Die dreihundert bestbewerteten Vorschläge wurden den Fachausschüssen, den Bezirksvertretungen und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt - und teilweise sogar umgesetzt!

Fünf Jahre später war davon nicht mehr viel übrig geblieben. Lediglich noch die zehn (!) bestbewerteten Vorschläge wurden dem Rat zur Kenntnis gebracht. Fachausschüsse und Bezirksvertretungen blieben direkt außen vor. Das erstellte Meinungsbild diente lediglich noch dazu "die Ratsfrauen und Ratsherren in Ihrer Entscheidungsfindung zu notwendigen Einsparungen oder Einnahmeverbesserungen zu unterstützen".

Damals wurde eine tendenziell demokratische Errungenschaft quasi ad absurdum geführt. Die Bürgerinnen und Bürger wurden dazu angehalten, die Kürzungspläne von Politik und Verwaltung zu legitimieren. Durch die Umbenennung des Bürgerhaushalts in "Dein Köln Spar Plan" wurde somit eine grundsätzlich gute Idee in ihr Gegenteil verkehrt. Da die Beteiligung 2016 mit über 6000 registrierten Teilnehmenden wieder deutlich zugenommen hat, ist es umso wichtiger, die Verbindlichkeit der



eingebrachten Vorschläge und Ideen zu unterstreichen und die vorgehaltenen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Ansonsten verliert der Bürgerhaushalt weiterhin Jahr um Jahr an Attraktivität – weil immer weniger dabei rauskommt.

### 29.6.2017

So viel Bürgernähe war selten: Der Sitzungssaal barst aus allen Nähten, als die Oberbürgermeisterin am 29. Juni 2017 ihren Antrittsbesuch in der Bezirksvertretung Innenstadt machte. Ursächlich für die drangvolle Enge war aber auch die anberaumte aktuelle Stunde zum geplanten **Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt**. Eine flugs gegründete Bürgerinitiative wusste zu mobilisieren, weshalb nicht nur die Raumluft knapp, sondern auch die Atmosphäre äußerst gespannt war. Nachdem Frau Reker ihre großzügig angelegten Pläne zum Ausbau partizipatorischer Elemente erläutert hatte, leitete Sozialdezernent Dr. Rau fachlicherseits zum Neumarkt über. Anschließend hatten die geladenen Geschäftsleute und Immobilienbesitzer der IG Zukunft Neumarkt Gelegenheit, ihren konträren Standpunkt darzulegen. Sie untermauerten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem geplanten Standort, erwarten eine Zunahme von Kriminalität und Drogentourismus, fühlen sich schlichtweg nicht mitgenommen.

Die diskutierten sachlichen Thesen von Politik und Verwaltung wurden immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen, während die geschilderten Endzeit-Szenarien der Anwohner\*innen lautstark beklatscht wurden. Frau Reker wusste hier mäßigend, aber auch maßregelnd einzugreifen: "Keiner von uns sollte annehmen, er könne bestimmen, was in seiner Nachbarschaft passiert. Ich bitte Sie, mitzuarbeiten und abzuwarten." Die OB stellte unmissverständlich klar, dass sie über ausreichend sozialpolitische Erfahrungen verfüge und dass auch ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung Grenzen habe. Ähnlich argumentierte die Linksfraktion, die auf die Bürgerinformationsverans taltung verwies, die am 15. Mai hochkarätig besetzt im VHS-Gebäude am Neumarkt stattgefunden hatte. Wir erklärten, dass diese Veranstaltung natürlich nicht dafür ausgelegt war, mal unverbindlich bei der Bürgerschaft nach der Akzeptanz von



Drogenkonsum in ihrer Nähe anzufragen. Vielmehr bot sie den verschiedenen Akteuren (Gesundheitsamt, Drogenhilfe, Sozialdezernat, Polizei und Ordnungsamt) die Möglichkeit, über Chancen und Perspektiven der notwendigen Einrichtung eines Konsumraums in Konsumentennähe zu informieren. Wir machten deutlich, dass es hier um die Umsetzung längst gefällter Beschlüsse geht, die Politik und Verwaltung gemeinsam tragen und zu verantworten haben. Es werde nun endlich versucht, die jahrzehntelang bekannten Probleme, wenn auch nicht zu lösen, so aber doch wenigstens einzudämmen und sozial abzufedern. Angelehnt an die Projekte, welche in anderen Städten längst etabliert sind und eingebettet in bewährte ordnungspartners chaftliche Strukturen; konzeptionell begleitet und umfassend zu evaluieren.

Marco Jesse, Geschäftsführer des Vereins für innovative Drogenhilfe Vision e.V., wusste weitere fachliche Argumente für die Einrichtung des Konsumraums einzubringen. Ob diese ein Stück weit verfangen haben, bleibt abzuwarten. Auch wenn die Befürchtungen der Anwohnerschaft wesentlich irrational begründet sein mögen, so gilt es doch, diese ernst zu nehmen. Die kurzfristige Terminierung weiterer Infoveranstaltungen und die zwischenzeitliche Einrichtung eines "Runden Tischs Neumarkt" sind daher zu begrüßen, ermöglichen sie doch den konstruktiven Dialog von Bürgern und Bürgerinnen, Geschäftsleuten, Ämtern, Polizei und Politik. Die in der Bezirksvertretung geführte Debatte erwies sich leider nicht nur emotional, sondern auch als zeitlich ziemlich erschöpfend. Aufgrund der Dichte ihrer Termine, konnte die Oberbürgermeisterin keine weiteren Themen mit uns diskutieren, obschon wir sie gerne noch zur Zuständigkeitsordnung, zum Römisch-Germanischen Museum und zum Wohnraumdefizit in der Innenstadt befragt hätten. Andererseits galt es noch rund 90 weitere Tagesordnungspunkte aufzurufen und abzuarbeiten…

## 14.9.2017

Sommer 2017: Laut EU-Kommission sterben jährlich über zehntausend Menschen in Deutschland an den Folgen von Feinstaub und Stickoxiden - emittiert von Diesel verbrennenden PKW. Gemäß der Gauß'schen Normalverteilung dürften auch einige



Kölnerinnen und Kölner dabei sein. An Fahrverboten führt wohl kein Weg mehr vorbei. Bis es soweit ist regiert der automobile Irrsinn munter weiter, ein tagtägliches Lavieren zwischen Dauerstau und Verkehrskollaps. In dieser prekären Situation stellt die Verwaltung einen Rahmenbeschluss mit der provokanten Betitelung "15 Minuten kostenfreies Parken" zur Abstimmung. Mit der sogenannten "Brötchentaste" soll in dafür geeigneten Geschäftsstraßenabschnitten ein Parkschein gezogen werden können, welcher das viertelstündige Gratisparken vor Geschäften des täglichen Bedarfs erlauben soll. Mag sein, dass die eine oder andere Backstube nun schon auf Umsatzsteigerungen in nennenswertem Umfang spekuliert hat; wahrscheinlicher ist jedoch eine missbräuchliche Zunahme dieser unverhofften Freiparkmöglichkeit. Ebenfalls in nennenswertem Umfang. Ebenso umfangreich sind die erwarteten Mindereinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung, die die Verwaltung auf 100.000 Euro jährlich taxiert - zuzüglich schlapper 31.000 Euro für die Umrüstung der Parkscheinautomaten. Das Fatalste jedoch ist die Signalwirkung, die ein solcher Fehlbeschluss auslösen müsste: Kommet zuhauf, ihr Einkaufenden, aber kommet gefälligst mit dem Automobil. Weil: Kostet nix! Dieser Zynismus veranlasste die Linksfraktion in der Bezirksvertretung Kalk beispielsweise dazu, einen Änderungsantrag einzubringen. Demnach sollen die Kölner Verkehrsbetriebe AG beauftragt werden, die Preise für das Kurzstreckenticket, analog zum Kurzzeitparken zu entwickeln, also auf kostenfrei umzustellen. Das wäre ein Zeichen! Aber mal im Ernst: Was die Stadt. inklusive der Einzelhandelszentren braucht, ist eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Infrastruktur zuzüglich eines funktionierenden, gut ausgebauten und fahrscheinlosen Öffentlichen Nahverkehrs. Mehr Autos im Veedel braucht es eher nicht, weshalb die Beschlussvorlage mehrheitlich abgelehnt wurde.

Einstimmig beschlossen wurden hingegen die drei Anträge, die wir in die Sitzung eingebracht haben. So wird die KVB AG unmissverständlich aufgefordert, die Rolltreppe am Bahnhof West/Hans-Böckler-Platz wieder in Betrieb zu nehmen. Diese war seit Jahresbeginn lediglich Stunden in Funktion, auch die Gegenrichtung ist tageweise kaputt. Da einer der chronisch maroden Aufzüge am Westbahnhof ebenfalls



seit knapp sechs Wochen funktionsunfähig ist, besteht die reale Möglichkeit, dass Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrende die hoch frequentierte Haltestelle nicht mehr verlassen können. Hier ist Gefahr im Verzug. Gemeinsam mit allen anderen Fraktionen haben wir die Stadtverwaltung aufgefordert, im Inneren Grüngürtel zwischen Venloer und Vogelsanger Straße eine barrierefreie City-WC-Anlage zu installieren. So wie sich das allgemeine Freizeitverhalten seit der Verabschiedung des ganzheitlichen Toilettenkonzepts in Köln im Jahre 2013 weiterentwickelt hat, so ist auch der Bedarf an öffentlichen WC-Anlagen weiter gestiegen. Die Nutzung der benannten Parkfläche, die Aufenthaltsdauer und der Getränkeverbrauch hat in den vergangenen Jahren - insbesondere in den Sommermonaten - exorbitant zugenommen. Anders als am Aachener Weiher existieren hier jedoch weder Toiletten, noch gastronomische Einrichtungen mit WC, noch ausgedehnte Böschungen oder Waldstücke. Die Folge ist, dass die zahlreichen Besucher\*innen ihre Notdurft zunehmend an den Parkrändern verrichten - mit allen unangenehmen Begleiterscheinungen. Das ist unwürdig und nicht hinnehmbar; es muss dringend Abhilfe geschaffen werden. Gleichfalls fraktionsübergreifend haben wir für die Verwaltung sechs weitere Häuser zur Prüfung einer mutmaßlichen Zweckentfremdung identifiziert (illegaler Leerstand). Insbesondere ist darzulegen, welche Maßnahmen unternommen wurden, bzw. werden, um die genannten Objekte wieder der Wohnnutzung zuzuführen.

Niemand bestreitet die Notwendigkeit einer **Toilettenanlage am Chlodwigplatz.** Dass diese aber nun in leidlicher Entfernung im Severinswall versteckt werden soll, haben wir deutlich kritisiert. Es besteht die reale Gefahr, dass das WC dort weder gefunden noch angenommen wird; es droht ein im Wortsinne beschissener Standort im Angstraum (bitte die drastische Wortwahl zu entschuldigen). Abgelehnt haben wir auch die Satzung nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) für die Severinstraße, da diese die Entscheidungsbefugnisse der Bezirksvertretung Innenstadt nachhaltig beschneiden wird. Hier wird eine kleine Gruppe von Gewerbetreibenden (ISG Severinstraße e.V.) ermächtigt, die wesentlichen stadtplanerischen und gestalterischen Weichenstellungen im Bereich der Severinstraße



nach ihrem Gusto und ihren privaten Interessen zu vollziehen. Pikanterweise in genau dem Gebiet, für das seit nunmehr drei Jahren eine soziale Erhaltungssatzung zum Milieuschutz erstellt wird. Da sind Interessenkonflikte vorprogrammiert.

Stadtlabor ist ein von der Stadt Köln initiiertes und gefördertes Projekt für Kunst im öffentlichen Raum, das üblicherweise fett alimentiert wird – ungeachtet dessen, was da manchmal an Unfug produziert wird. Das sinnlose Auf-und Ablaufen der Ringe von in Bettlerkluft gewandeten "Künstlern" im Rahmen der völlig sinnfreien Aktion Bettelcologne war uns dann doch etwas zu viel des Schlechten. Vielleicht haben wir die "Übertragung des ökonomischen Phänomens des Franchising und der vertrauten Marketingkonzepte auf das Bettelgewerbe" einfach nicht verstanden. Wir fanden das einfach nur zynisch und geschmacklos und haben das auch so gesagt.

# 19.10.2017

Seit nunmehr zwei Jahren begleitet die Initiative #RingFrei die Ausarbeitung des langersehnten Radverkehrskonzepts Innenstadt - wohlwollend wie einstimmig unterstützt von der zuständigen Bezirksvertretung. Ehrensache, dass wir bei der nun vorgelegten Verwaltungsvorlage "Radverkehrsführung an den Kölner Ringen" konstruktive Verbesserungsvorschläge eingebracht haben (Vorlagennummer AN/ 2825/2017). Gleich zwei unter Beteiligung der LINKEN formulierte Änderungsanträge wurden mehrheitlich abgestimmt. Nach dem Willen der Bezirksvertretung soll im Rahmen eines Pilotversuchs ab dem nächsten Jahr eine komplette KFZ-Spur in eine Fahrradspur umgewidmet werden. Nicht nur wenige hundert Meter nördlich des Zülpicher Platzes - sondern bis hinter den Friesenplatz. Eine testweise Aktion im September hatte bereits eindrucksvoll belegt, dass dies ohne weiteres machbar ist, die neue Spur wurde sofort angenommen, gelobt und fleißig genutzt. Um gefährlichen Missverständnissen vorzubeugen, ist fortan sicher zu stellen, dass der bestehende Miniatur-Radweg nicht parallel genutzt wird. Ansonsten wären unnötige Konflikte durch permanenten Spur- und Perspektivwechsel sowie ein unüberschaubarer Schilderwald zu erwarten. Der frei werdende Raum soll dem Fußverkehr sowie





einer erweiterten Gastronomie und unkommerziellen Sitzbereichen zur Verfügung gestellt werden. Diese Ergänzung der LINKEN aus dem Verkehrsausschuss wurde genauso beschlossen, wie die eindeutige und durchgehende flächige Gestaltung der neuen Radspur. Ein paar wenige Piktogramme scheinen hier nicht ausreichend. Die **Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht** sowie die einheitliche Einführung von Tempo-30 sind hingegen längst beschlossen, harren aber noch der Umsetzung. Fazit: Sollte der Verkehrsausschuss den – im Wortsinne – wegweisenden Vorschlägen der BV Innenstadt folgen und die zuständigen Ämter ordnungsgemäß umsetzen, wäre viel erreicht. Die allenthalben angestrebte fahrradfreundliche und umweltgerechte Stadt würde ein gutes Stück weit näher rücken.

# 7.12.2017

Der Weihnachtsmarkt fällt dieses Jahr aus! Da sich die zuvor gemeinsam agierenden Veranstalter des sog. Veedelsmarktes auf dem Chlodwigplatz zerstritten haben, haben wir kurzerhand beschlossen, keinem von beiden eine Genehmigung zu erteilen. Dies fiel uns nicht allzu schwer, da wir seit jeher der Überzeugung sind, dass es im Bezirk keinen Mangel an Weihnachtsmärkten gibt. Im Gegenteil.

Mehr Sorgen bereitet uns hingegen der nördliche Hotspot unseres Bezirks: Im Gespräch mit dem neuen Polizeipräsidenten debattierten wir die zunehmende Kriminalität rund um den **Ebertplatz** und die eingeschlagenen Maßnahmen dagegen. Wiederholt sprachen wir uns gegen eine rein repressive Vorgehensweise aus und plädierten für flankierende sozialarbeiterische Angebote, Streetworker, Drogenberatung, Obdachlosenbetreuung, etc. Unkontrollierbare Verdrängungsprozesse in benachbarte Straßen und Viertel sind zu vermeiden, sie lösen die vorhandenen Problemlagen nicht. Hilfreicher wäre da schon eine andere Drogenpolitik (Zur Erinnerung: Die BV Innenstadt hatte sich 2015 mit großer Mehrheit für die kontrollierte Abgabe von Marihuana im Bezirk ausgesprochen, der fraktionsübergreifende Beschluss wurde allerdings später von der Bezirksregierung ausgebremst).



Ebenfalls 2015 hatte die Bezirksvertretung einstimmig beschlossen, dass die Verwaltung bei der Neuplanung und bei der Planung von Sanierungen von Spiel- und Bolzplätzen in der Innenstadt das Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik umzusetzen hat. Da die Beschlussvorlage zur Sanierung des Spielplatzes Schmalbeinstraße/Innere Kanalstraße diese Beschlusslage komplett ignoriert, haben wir einen deutlichen Änderungsantrag gestellt und Nachbesserungen eingefordert. Demnach sind die auf Grundlage eines von Jugendamt und Behindertenbeauftragten gemeinsam entwickelten Standards, die barrierefreie Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit für alle Kinder und Jugendlichen und deren Begleitpersonen zu gewährleisten.

Unserer investigativen Anfragepolitik ist es zu verdanken, dass die Stadtbücherei einräumen musste, dass die **Miniatur-Bibliothek im Stadtgarten** im kommenden Jahr wegziehen soll. Dies sorgte insbesondere bei den ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen für Unmut, die inzwischen eine Online-Petition für den Erhalt dieses mehrfach ausgezeichneten Projekts niedrigschwelliger Leseförderung aufgelegt haben.

Wir bedanken uns für viele Jahre enger, vertrauensvoller und stets humorvoller Zusammenarbeit mit unserem Zollstocker Kollegen Berthold Bronisz, der seit der Kommunalwahl 2009 in der BV Rodenkirchen sitzt (www.berthold-bronisz.de) und für die gedeihliche Kooperation mit dem **Ortsverband Innenstadt/Rodenkirchen**.

Bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2017 war DIE LINKE stark wie nie und erreichte im Bezirk Innenstadt 11,5 bzw. 15,1 Prozent der gültigen Zweitstimmen. Wir deklamieren einen Gutteil dieser Erfolge für uns, führen sie auf die anerkannte kommunalpolitische Arbeit im Bezirk zurück, die wir hier in wesentlichen Teilen dargelegt haben. Dabei eint uns die Erkenntnis, dass man bei Wahlen im Kern nur das abruft, was man sich vorher erarbeitet hat.

Wie immer die Frage bleibt: Links wirkt...!